



# Stettiner

# Zeitung.

Abend-Ausgabe.

No. 108.

Dienstag, den 4. März.

1856.

## Telegraphische Depesche der „Stettiner Btg.“

**London, 4. März.** Lord Palmerston antwortet auf eine Anfrage im Unterhause: die Friedens-Präliminarien wurden in Paris am Sonnabend wirklich unterzeichnet.

**Paris, 4. März.** Die beiden Zeitungen „Pays“ und „Patrie“ erklären dagegen diese Friedensnachrichten unbegründet.

Die letztere Nachricht erscheint der ersteren gegenüber bedeutungslos, obwohl es allerdings auffallend ist, daß der heutige „Moniteur“ noch nicht gesprochen hat. Uebrigens ist der Tenor der Eröffnungsrede des Kaisers Napoleon (s. unten) durchaus friedlich, wenngleich derselbe allerdings auf die Unterzeichnung der Friedens-Präliminarien nicht in bestimmter Weise hindeutet und am Ende auch nicht hindeuten konnte, weil ja die Unterzeichnung der Präliminarien noch immer keine durchaus sichere Bürgschaft für den endlichen Abschluß des Friedens bietet.

**Paris, Montag, 3. März.** Der Kaiser hat die Legislative heute Nachmittag eröffnet. Die Rede lautet: „Meine Herren Senatoren! Meine Herren Deputirten! Als ich das letzte Mal Sie zusammenberief, waren sie von ernstern Besorgnissen erfüllt. Die Heere der Allirten erschöpften sich bei einer Belagerung, deren hartnäckige Vertheidigung an einem Erfolge zweifeln ließ. Europa, unsicher, schien das Ende des Kampfes erwarten zu wollen, bevor es sich aussprach. Zur Fortführung des Krieges forderte ich von Ihnen eine Anleihe, welche Sie einstimmig votirten, obgleich dieselbe als außerordentlich erscheinen konnte. Das Steigen der Preise der Lebensmittel drohte in der arbeitenden Klasse eine allgemeine Mißstimmung zu erzeugen, und eine Störung in dem Geldsystem ließ eine Verminderung des Geschäftsverkehrs und der Arbeit befürchten. Nun, Dank Ihrer Mithilfe und der in Frankreich und England entfalteten Energie, Dank vor Allem dem Schutze der Vorsehung, sind diese Gefahren, wenn nicht gänzlich verschwunden, doch zum größten Theil überwunden.“

Eine große Waffenthat entschied zu Gunsten der Heere der Allirten einen erbitterten Kampf, ein Kampf ohne Beispiel in der Geschichte. Die Stimme Europas hat sich von diesem Augenblicke an offener ausgesprochen. Ueberall haben sich unsere Bündnisse erweitert und befestigt. Die dritte Anleihe wurde ohne Schwierigkeiten gedeckt. Das Land hat mir von Neuem sein Vertrauen bewiesen, indem es eine fünf Mal größere Summe für die Anleihe zeichnete, als ich gefordert. Es hat mit einer bewundernswürdigen Entschlossenheit die mit der Aheuerung der Lebensmittel unzertrennlichen Leiden ertragen, welche indessen durch die Privatwohlthätigkeit, durch den Eifer der Municipalitäten, und durch die Summe von 10 Millionen, die in den Departements vertheilt wurden, gemildert worden sind. Jetzt bewirken die Zufuhren von fremdem Getreide ein merkwürdiges Sinken der Getreidepreise. Die durch das Verschwinden des Goldes entstandenen Befürchtungen haben sich vermindert, und zu keiner Zeit waren die Arbeiten rühriger, die Einnahmen beträchtlicher. Die Wechselfälle des Krieges haben den militärischen Geist der Nation wieder erweckt. Niemals gab es so viele freiwillige Einstellungen, noch so viel Eifer unter den Dienstpflichtigen, welche das Loos dazu bestimmte. Zu dieser kurzen Auseinandersetzung der Lage gesellen sich die Thatfachen von hoher politischer Bedeutsamkeit. Die Königin von England, um einen Beweis von ihrem Vertrauen, von ihrer Achtung für unser Land zu geben, und um unsere Beziehungen enger zu schließen, ist nach Frankreich gekommen. Der enthusiastische Empfang, der ihr hier zu Theil wurde, mußte ihr beweisen, wie tief die Gefühle waren, welche sie durch ihre Gegenwart hervorrief, und wie dieselben geeignet waren, das Bündniß beider Völker zu befestigen. Der König von Sardinien, der ohne weiteren Rückblick (*qui sans regarder derrière lui*) sich unserer Sache mit jenem muthigen Aufschwung angeschlossen hatte, welchen er schon auf dem Schlachtfelde bewiesen, ist ebenfalls nach Frankreich gekommen, um ein durch die Tapferkeit seiner Soldaten bereits befestigtes Bündniß zu weihen.

Diese Souveraine vermochten ein Land zu sehen, das bis vor Kurzem so bewegt und seines Ranges im Rathe Europas entkleidet, heute friedlich gedeiht und geachtet den Krieg nicht mit der augenblicklichen Aufregung der Leidenschaft, sondern mit der Ruhe der Gerechtigkeit und mit der Energie der Pflicht führt. Sie sahen Frankreich, welches 200,000 Mann über die Meere schickte, zu gleicher Zeit in Paris alle Künste des Friedens versammeln, als hätte es zu Europa sagen wollen: der gegenwärtige Krieg ist für mich bis jetzt nur eine Episode, meine Gedanken und meine Kräfte sind zum Theil immer auf die Künste des Friedens gerichtet, vernachlässigen wir nichts, um uns zu verständigen, und zwinget mich nicht, auf die Kampfplätze alle Hülfquellen und die ganze Machtfülle einer großen Nation zu werfen. Dieser Ruf scheint verstanden worden zu sein, und der Winter, der die Feindseligkeiten unterbrach, hat die Dazwischenkunft der Diplomatie begünstigt. Oesterreich entschloß sich zu einem ent-

scheidenden Schritt, welcher in die Berathungen den ganzen Einfluß des Souverains eines mächtigen Reiches brachte.

Schweden schloß sich enger an England und Frankreich durch einen Vertrag an, der die Integrität seines Territoriums garantierte. Schließlich kamen von allen Kabinetten nach St. Petersburg Rathschläge oder Bitten. Der Kaiser von Rußland, Erbe einer Lage, die er nicht hervorgerufen, schien von dem aufrichtigen Wunsch beseelt, den Ursachen, welche diesen blutigen Konflikt hervorgerufen hatten, ein Ende zu machen. Er nahm mit Entschlossenheit die durch Oesterreich übermittelten Vorschläge an. Der Waffenehre Genüge geleistet, hieß dies eben sowohl sich selbst ehren, als auch dem von Europa klar ausgesprochenen Wunsche nachkommen. Augenblicklich sind die Bevollmächtigten der kriegführenden und der allirten Mächte in Paris versammelt, um über die Bedingungen des Friedens zu beschließen. Der Geist der Mäßigung und der Billigkeit, welcher sie alle belebt, muß uns ein günstiges Resultat hoffen lassen. Nichts desto weniger lassen Sie uns mit Würde das Ende der Konferenzen erwarten und seien wir zugleich bereit, wenn es sein muß, von Neuem das Schwert zu ziehen, oder die Hand denen zu reichen, welche wir ehrlich bekämpft haben. Was auch kommen möge, beschäftigen wir uns mit allen Mitteln, geeignet, die Kraft und den Wohlstand Frankreichs zu vermehren. Knüpfen wir noch enger, wenn es möglich ist, das durch gemeinsamen Ruhm und gemeinsame Opfer geschlossene Bündniß, dessen gegenseitige Vortheile der Friede noch besser herausstellen wird. Segen wir schließlich in diesem für das Geschick der Welt feierlichen Augenblicke unser Vertrauen auf Gott, daß er unsere Anstrengungen in dem für die Interessen der Humanität und der Civilisation geeignetsten Sinne leite. (Tel. Dep.)

## Deutschland.

**SS Berlin, 3. März.** Da die Verhandlungen mit dem Art. 4 der Verfassung: „Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Ständes-Vorrechte finden nicht Statt“, beginnen und ich Ihnen den Bericht über Art. 12 bereits mitgetheilt habe, so halte ich es für meine Pflicht, Ihnen beifolgend auch den, ebenfalls von Herrn von Gerlach erstatteten Bericht über den Antrag des Abg. Wagener (Neu-Stettin) auf Streichung des Art. 4 mitzutheilen. Wenn ich dies erst jetzt thue, so geschieht dies, um den Leser auf den Standpunkt der Verfassungskommission und auf den zu erwartenden Gang der Berathungen hinzuweisen. Der Bericht lautet:

Die Kommission ist zuvörderst einstimmig der Meinung, daß verglichen allgemeine und vieldeutige Sätze in der Verfassungs-Urkunde besser nicht ständen. Gleichwohl erklärten mehrere Mitglieder sich gegen deren jetzt zu bewirkende Streichung, und zwar aus folgenden Gründen: Der erste Satz: „Gleichheit vor dem Gesetze“, gebe, richtig verstanden, einen guten Sinn, nämlich die in dem Sinne, daß vermöge der wahren Gleichheit, die eben so anzuerkennen sei, als die rechtlich bestehenden Ungleichheiten, allen Untertanen Sr. Majestät des Königs gleichmäßiger Rechts-Schutz, jedem für sein Recht, und überhaupt gleiche gerechte Behandlung zugesichert, und eben durch diese gleichmäßige Gerechtigkeit die Ungleichheit der individuellen Rechtsphären aufrecht gehalten werden solle. Auch der zweite Satz: „keine Ständes-Vorrechte“, lasse sich vertheidigen, wenn man nur den Begriff „Stand“ gehörig begrenze, und Ständesrechte von unzulässigen, bei uns nicht vorhandenen, Ständes-Vorrechten unterscheidet. Aber selbst abgesehen hiervon, sei wenigstens gewiß ein Bedürfniß, — das erste Erforderniß guter Legislation, — diese Sätze gerade jetzt zu streichen, nicht vorhanden. Sie seien jedenfalls unschädlich und hätten erfahrungsmäßig, seit sie bestehen, die Aufrechterhaltung der materiellen Rechts-Ungleichheiten und der wahren Ständesrechte oder Ständesvorrechte, und selbst deren erneuerte Feststellung durch seitdem ergangene Gesetze, wie z. B. durch die Gesetze über erneuerte Anerkennung der ständischen Kreis- und Provinzial-Verfassung, ja sogar die Erweiterung dieser Rechte durch die Errichtung des Herrenhauses, nicht verhindert. Die ausdrückliche Aufhebung würde in weiten Kreisen unnötiges Mißtrauen und unbegründeten Argwohn erregen, als beabsichtige man irgend etwas Ungeheuerliches. Sie würde daher dem ruhigen Fortschritte der Gesetzgebung eher hinderlich sein, wie denn überhaupt, so nöthig auch die Verbesserung der Verfassungs-Urkunde in manchen Stücken sei, vor zu vielem Mitteln an derselben gewarnt werden müsse. Uebrigens wurde auch von dieser Seite der Kommission die, wie sie anerkannte, allerdings mögliche Deutung dieser Sätze im revolutionären Sinne als unzulässig, gefährlich und verwerflich zurückgewiesen.

Hierauf wurde von anderen Gliedern der Kommission, die für den Antrag sich erklärten, zwar anerkannt, daß die echte Gleichheit, wie sie in dem Begriffe des Staatsbürgerthums sich ausdrücke, den rechtlich begründeten Ungleichheiten nicht feindlich entgegenstehe, jedoch behauptet, daß jene Sätze, nach ihrem natürlichen, jedem Unbefangenen zuerst sich darbietenden Sinne, zumal wenn man an ihren bekannten Ursprung sich erinnere, nicht den

von der anderen Seite darin gefundenen unverfänglichen Sinn, sondern die Nivelirung nach den Prinzipien der Revolution aussprächen. Die erste französische Revolution habe diese und ähnliche Sätze zuerst in die Verfassungs-Urkunden hineingebracht, und wir verdanken sie lediglich den Stürmen des Jahres 1848, also der Zeit, wo man unsere ständische Verfassung, jede ständische Gliederung und überhaupt viele der bestbegründeten Ungleichheiten habe abschaffen und diese Abschaffung durch solche Aussprüche einleiten wollen. In diesem ihrem natürlichen Sinne würden sie in weiten Kreisen, in und außerhalb der Behörden und der Häuser des Landtages, verstanden. Der Sinn, daß kraft der Gleichheit vor dem Gesetze eben die materielle Ungleichheit der Rechte aufrecht gehalten werden solle, sei — abgesehen davon, daß dergleichen gute Vorätze nicht in ein Landesgesetz hineingehören — nicht vereinbar mit jenem notorischen Ursprunge des Satzes. Auch stimme dieser gute Sinn mit dem unmittlbar folgenden, gleichsam zur Erklärung beigefügten, Satze: „Ständesvorrechte finden nicht Statt“ nicht überein, indem diesem Satze nur durch eine sehr gezwungene Interpretation der von der anderen Seite als möglich behauptete gute Sinn unterlegt werden könne. Ein revolutionäres Prinzip, ja, das Grundprinzip aller Revolution: die Gleichmacherei, im feindlichen Gegensatz zu der auf dem göttlichen Gesetze ruhenden, in der Geschichte entwickelten Rechts-Ordnung mit ihren mannigfachen Ungleichheiten und Ständes-Unterschieden, — dieses Grundprinzip sei durch die angegriffenen Sätze in unsere Verfassung eingeführt, eine radikale Unwahrheit, welche als solche unser Staatswesen in seinen Wurzeln vergifte, es nicht zur Ruhe kommen lasse und bei nächster Gelegenheit neue verderbliche Ausbrüche in Aussicht stelle. Durch künstliche Interpretation, wie sie jenseits versucht worden, könne zwar allerdings diesen Sätzen jener andre Sinn unterlegt werden, und es werde nicht verkannt, daß die Regierung und die Legislatur überhaupt wohl gethan haben, bei dem offenen Widerspruche des zunächst sich darbietenden revolutionären Sinnes mit dem wahren Rechte und mit unserm gesammten Rechtszustande, ja, mit manchen Bestimmungen der Verfassungs-Urkunde selbst, sich einschränkend zu erklären, und dadurch unser wahres Recht zu erhalten. Gleichwohl aber sei der zunächst sich darbietende revolutionäre Sinn der Sätze schon vielfach heilsamer Gesetzgebung hemmend in den Weg getreten, z. B. der hochwichtigen neuen Anerkennung unserer ständischen Verfassung. Es sei damals dieses Hinderniß nur schwer überwunden worden. Auch sei zu beforgen, daß unsere angehenden Beamten, Richter und Staatsmänner, welche die Landesgesetze und die Verfassungs-Urkunde studiren, eher durch den nächsten — den revolutionären — Sinn derselben irre, als durch jene schwierige und künstliche Auslegung auf den rechten Weg werden geleitet werden, zumal wenn die Einwirkungen übelgesinnter Tongegeber hinzutreten. Es spreche daher allerdings ein praktisches Bedürfniß für den Antrag. — Aber noch viel dringender trete dieses Bedürfniß hervor, wenn man erwäge, welch unberechenbares Uebel eben die Nothwendigkeit jener so künstlichen Interpretation selbst sei. Sie ziehe denen, die sich darauf berufen, also insbesondere der Regierung und der konservativen Partei, den Argwohn und den Vorwurf rabulistischer Gesetzes-Verdrehung zu, — einen Vorwurf, der selbst in den Kammern oft laut geworden. Diesen Vorwurf könne man, so ungerecht und so kränkend er sei, dennoch denjenigen kaum verdenken, die an den natürlichen, durch die Geschichte der Entstehung bestätigten Sinn sich hielten und die nicht gewohnt oder nicht fähig seien, Gesetze aus dem Gesamtzusammenhange des bestehenden Rechts auszulegen, — eine Operation, die alsdann sehr schwierig und verwickelt sei, wenn, wie in diesem Falle, vieldeutige und verfängliche Aussprüche, die unserm gesammten Rechtszustande widersprächen, absichtlich in die Landes-Gesetze hineingebracht worden seien. Es sei daher nicht zu verwundern, wenn selbst wohlgesinnte Männer, deren Gewissensbedenken Achtung und Schonung verdienen, süchtig würden, und Maßregeln und Gesetze ihre Zustimmung verweigerten, welche, wie sehr sie sie auch billigen, ja! für nothwendig halten, mit dem nächsten Wortsinne dieses Artikels der beschworenen Verfassungs-Urkunde im Widerspruch zu stehen schienen, wie dies mehrmals in den Kammern vorgekommen sei. Und wie wolle man dem Lande im Ganzen, oder vollends denjenigen Parteien im Lande und auf dem Landtage, welche solche Sätze als Waffen gebrauchen, es einleuchtend machen, daß die Gleichheit vor dem Gesetze und die Verbannung der Ständesvorrechte übereinstimme mit den Rechten unserer Ritterschaft, mit unserer Kreis- und provinzialständischen Verfassung und mit dem Bestehen unseres Herrenhauses? Nicht die Streichung dieser Sätze, sondern die bei ihrem Fortbestehen durch solche Widersprüche stets neu erregten Erbitterungen würden Unruhe und Argwohn erzeugen. Das Bekenntniß dagegen zu den ewigen und geschichtlichen Grundlagen unseres wahren und wirklich bestehenden Rechtszustandes, wie es in der Streichung der Sätze sich ausspreche, werde vielmehr beruhigen, und durch seine Offenheit und innere Wahrheit die Zustimmung der Wohlgesinnten sich erwerben und dieselben prinzipiell einigen, indem dadurch zugleich eine bittere

